

Dr.-Ing. Günter Briese

E-Mail: drgbriese@gmail.com Mobil: 0173 / 644 78 03

in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN-FLUGLÄRM,
und der INTERESSENGEMEINSCHAFT ALTANSCHLIESSER SCHULZENDORF (IGAS.),

Stubenrauchstraße 71, 15732 Eichwalde

Landesregierung Brandenburg
Herrn Ministerpräsident Dr.D.Woidke persönlich
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 P o t s d a m

Eichwalde, den 9. August 2017
Az.: Io + EG

Ihr Schreiben vom -
Ihr Zeichen -

Mein Schreiben vom 4. April 2017 (Politiker-Brief "Europäisches
Recht ist umzusetzen") und 3. August 2017

Erwartungen zur regierungsseitigen Aufnahme unseres
Politikerbriefes vom 4. April 2017 zum BER-MAWV-Komplex
anhand neuer Fakten i.S. Ihrer Positionierung zum
Dieselskandal in den Abendnachrichten des 2. August 2017;
V o r b e r e i t u n g der außerordentlichen
BER-Eigner-Beratung am 15. August 2017 in Potsdam zur
aktuellen Position von Bundesverkehrsmin. Dobrindt

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

gem. gestrigen Presseberichten, u.a. von PNN und maz-online, zur
außerordentlichen BER-Eigner-Beratung wurde bekannt, daß Finanz-
minister Christian Görke als Initiator dieser Zusammenkunft die
Einladungen hierfür bereits am 28. Juli 2017, also noch vor Ihrem
Erhalt des Schreibens vom 3. August 2017, vornahm.

Da die juristischen Grundlagen des BER-Projektes sowohl bezüglich
des Konsensbeschlusses, welcher lt. Einladung aktuell bekräftigt
werden soll, als auch des Planfeststellungsbeschlusses sowie der
BER-Zertifizierung, u.a. mit Bezug auf die Verletzung des ICAO
Doc.9184 und den fehlenden UMP-Nachweis, gem. den Ausführungen
des Politikerbriefes komplett weggebrochen sind, käme ein neuer
Gesellschafterbeschuß zum Festhalten am Konsensbeschuß einer
bewußten Verletzung europäischen Rechts gleich, obwohl die EU-
Kommission sich bereits mehrfach diesbezüglich positionierte und
bereits dementsprechende EuGH-Verfahren gegen die Bundesrepublik
existent sind, teils bereits erfolgreich pro Bürgerechten ent-
schieden.
Sie werden deshalb hiermit gebeten, gegen eine Konsensbeschuß-
Bekräftigung Position zu beziehen.

- 1999-2014 45 Jahre Autor zu Volkswirtschaftslehre
in nat. Wirtschaftssystemen
- 1952 Betrieblicher Techniker-Abschluß,
Elektro-Apparate-Werke Berlin-Treptow
- 1957 Ing. für elektrische Anlagen und Geräte,
Fachschule für Schweißmaschinen und
Elektrotechnik Berlin-Lichtenberg
- 1973 Hochschul-Ing. für Elektronik-Technologie,
Humboldt-Universität zu Berlin, Sek. Elektronik
- 1973-75 Diplomierung und Promotion als 'Erzener'
mit Untersuchungen zur Systemlieferbarkeit
von Entwurfsprozessen aller Art mit Hilfe von
heuristischen, Simulations- und algorithmischen
Programmen
- 1972, 1974 Fichtpreisträger und Humboldtpreisträger
der Humboldt-Universität von Berlin
- 1957-64 Akademie-Dozent für Mathematik, Physik
und technische Fächer
- 1990-95 Rechtsberater und Bearbeiter juristischer
Grundlagen in DEUTSCHEN MITTELSTADT (DM))
- 1994 Lehr- und Vortragstätigkeit zu allgemeinen
Rechts- und Sozialfragen im Auftrag des
Lehrstuhls des Cottbus
- 1953-73 Selbständiger Konstrukteur
1973-91 Ingenieur für entwicklungsbegleitende
Standardisierung/Normung
- 1994 Beauftragter
- um 1960 Veröffentlichung "Zum Thema Freistofflösungen"
mit der Berechnung möglicher Fertigungsbedingter
Maßabweichungen für Typen, Sorten und Mengen
für Duploplast-Formstoffteile, PLASTE UND LAUSCHEN
1966 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutz der
Volkswirtschaft gegen das Sinken des
wissenschaftlich-technischen Niveaus zu
Austauschen Plastverarbeitung
(Verteidigung der Einführung des sojetischen
Ost-Toleranz- und Passungssystems zugunsten
der Einführung des internationalen
ISA/ISO-Toleranz- und Passungssystems
1969-70 Leiter privater interdisziplinärer Forschungsgruppe
zur Studie zur Substitution von Metall durch Plastik
in der Volkswirtschaft I.A. des KZG Berlin
(Teil II: Ermittlung erforderlicher Aufgaben
für Forschung/Entwicklung und Standardisierung,
Teil 2: Entwicklungs-Aufgabenfolge-Konzept,
Kosten-Nutzen-Analyse)
mit dem Co-Autorin
Dr. Wilfried Schoof, Zentrallaboratorium für
Plastverarbeitung Leipzig und
Dipl.-Phys. Dieter von Straußitz, TU Dresden
- 1963-69 Berechnung der Relation von geometrischer Toleranz
(statist. Methode) zu arithmetischer Toleranz
(wenn-Ganz-Methode) für Maßketten zur Erzielung
von Fertigungskostenminimierung durch größere
Bauteiltoleranzen (unveröffentlicht, aber erprobt)
- um 1970 Ermittlung der Parameter des Elastizitätsprozesses
von Duploplastformteilen aus Abmaß-Baßmaß-
Verteilungen, Bröcklungszeitpunkt der Sektion
Plastverarbeitungstechnik einer der Internationalen
Fachtagungen WASTMittel der Komex der Technik, Dresden
- um 1975 Analyse des volkswirtschaftlichen Maßstabes
der Sojetunion im Rahmen des Projektionsverfahrens,
Humboldt-Universität zu Berlin
- 1980 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutz der
Volkswirtschaft gegen das Sinken des
wissenschaftlich-technischen Niveaus
(Verteidigung der Einführung der sojetischen
Zweckleistungsstandards in der Maß-, Steuer- und
Ergänzungstechnik)
- 1981 Dissertationsaufzeichnung in FEINERREINERIE
29(1981) I.4 S.182
- Jan. 1990 Vorschläge zum Übergang der Volkswirtschaft
von der Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft
mit ökonomischen Skizzen über WIESER KRM in
Zentralen Bundes Tisch und Regierung
- 1996/97 Vorschlag zur Einführung einer Tobin-Steuer
(Spekulations-Steuerung) und eines neuen
Rechtin-Node-Abkommens (Gente Wechselkurs)
an die Oppositions-Parteien des Deutschen Bundestages
zur Beilegung von Globalisierungsproblemen
noch vor der ERO-Einführung
- 2003-04 Vorschläge zur Einführung des Bruttoinlandsproduktes
(BIP) als volkswirtschaftliche Kenngröße für den
Beitrag zur ERO-Zone an die Bundesregierung und
an die Landesregierung Brandenburg
- 2008-09 Vorschläge zu kurz- und mittelfristigen Maßnahmen
für die Beilegung der Welt-Energie- und Wirtschafts-
Krisen sowie zur Vermeidung ähnlicher Krisen
- 1994-2014 Kritischer Begleiter des Botschaftsprozesses
Eingaben Berlin Brandenburg International (EBI)
durch Veröffentlichungen, Petitionen, Vorträge,
Vorschläge, Auswertungen und Presse-Informationen
und -Erläuterungen im Rahmen der EICHENWALDER ER FÜR
EICHENWALDE, EICHEN SCHALLSCHUTZ UND
NACHTFLUGVERBOT in der Bürger-Initiative
NOTWEHR Anlieger BER.
in enger Zusammenarbeit mit der
SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM
(vgl. <http://berlin-brandenburg-21.de>
siehe www.eichwalde.com und www.berb-er.de)
- 2016 Auszeichnung zum 50. Eichwalder Rosenfest mit der
EHRENMEDAILLE FÜR BESONDERE VERDIENSTE
UM DIE GEMEINDE EICHWALDE
durch wissenschaftliche Arbeit in Bürgerinitiativen

Da die vorgen. Positionen bisher in der Presse trotz Bekanntmachung keine Erwähnung fanden, erklärt durch "Gefälligkeits-Journalismus" anstelle eines investigativen Journalismus gem. der dem Schreiben vom 3. August 2017 beigelegten Presseerklärung, geht Ihnen anliegend die Presse-Erklärung "Wird es verdienstvoll, für das Establishment ein Populist zu sein?" zu.

Dies deshalb, weil Befürworter der Offenhaltung von Tegel TXL in der Presse als "Nostalgi-ker", "Tegel-Fans", allein emotional Urteilende und "Populisten" bezeichnet werden, obwohl doch bereits bei Inbetriebnahmemöglichkeit für zwei BER-Pisten Kapazitätsengpässe offensichtlich sind, aber auch zukünftig allein die Nordbahn betrieben werden darf.

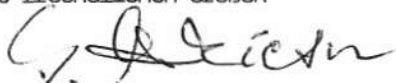
Auch der angebliche Investitionsaufwand für die Offenhaltung von Tegel TXL ist irrelevant, da ja RYANAIR ein weit höheres Invest-Angebot machte, als alle bisherigen Bedarfsschätzungen ergaben - die Ablehnung des Angebotes ist also aus den vorgen. Gründen zu korrigieren.

Die angeblichen "Zusatzkosten" für das parallele Betreiben zweier Flughäfen sind ebenfalls völlig irrelevant, da sich ja gegenüber den derzeitigen Verhältnissen gar nichts ändern würde, aber sich die Flughafengesellschaft z.Z. ohne Berücksichtigung des BER-Projekt-Finanzbedarfs in der Gewinnzone befindet, was zur Begründung der Kreditwürdigkeit von der Flughafengesellschaft immer wieder stark betont wurde.

Aber auch die finanzielle Gefährdung der Flughafengesellschaft ist ja wegen des BER-Projektes (Terminverschiebungen durch Bauprobleme, MAW-Komplex betreffs zu geringer Gebühren und Beiträge entgegen EU-Recht sowie vorgen. Fakten i.Vbdg. mit seriösen Wirtschaftlichkeits-Einschätzungen) durchaus real, zumal selbst die Flughafengesellschaft aktuell für die Zukunft bereits neuen Finanzbedarf anmeldete.

Ihrer Positionierung und Rückäußerung, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehe ich deshalb mit großem Interesse entgegen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr.G.Briese, EICHWALDER BI FÜR FLUGSICHERHEIT,
ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT

A n l a g e

EICHWALDER BÜRGERINITIATIVE FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT
in der Bürger-Initiative NOTWEHR Anlieger BER Ost-West-Aktions-Gemeinschaft.

c./o. Stubenrauchstr.71, 15732 Eichwalde,

in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM
und der INTERESSENGEMEINSCHAFT ALTANSCHLIESSER SCHULZENDORF (IGAS)

Eichwalde, am 28.Juli 2017

Az.: Io + EG

P r e s s e - E r k l ä r u n g

Wird es verdienstvoll, für das Establishment ein "Populist" zu sein ?

- zu "Deutscher Populismus fällt moderat aus. Studie der Bertelsmann-Stiftung: 30 Prozent der Wahlberechtigten gehen auf Distanz zu den demokratischen Institutionen", MAZ 26.Juli 2017, Seite 4 -

Die im Beitrag vertretene Definition des Populismus erscheint eher als treffend für eine "Stimmungsumfrage zur Beurteilung der offiziellen Politik, des Handelns des Establishments", weil der Funktion der Wahrhaftigkeit der vertretenen Ansichten, ihrer objektiven Begründetheit, darin so gar keine Bedeutung zugedacht wird - und im Titel müßte es statt "30%" heißen "über 60%".

Als populistisch in objektivem Sinne erscheint mir vielmehr ein Verhalten, welches angeblich alternativlose Maximen ohne sachliche Begründung vorbei an Recht und Gesetz sowie am mehrheitlichen Gerechtigkeitsgefühl von Christen wie Humanisten zur Gewinnung von Machtpositionen verkörpert !

Doch folgen wir zunächst der Populismus-Definition des MAZ-Beitrages, um dessen Folgen zu verdeutlichen:

Wenn also schon seit spätestens 1997 an die Politik das gesehene Erfordernis der Spekulationsdämpfung über eine Tobin-Steuer, heute Finanztransaktionssteuer, und zeitraumbezogene stabile Wechselkurse (Bretton-Woods-Abkommen) herangetragen und inzwischen als zielführend weitgehend anerkannt ist, aber nach zwei Jahrzehnten noch immer nicht umgesetzt wurde - ist dann die Kritik an der Elite populistisch ?

Wenn spätestens seit 2003 gegenüber der Elite begründet die Meinung vertreten wird, daß man im Bruttosozialprodukt (BSP) pro Einwohner sehr differierende Volkswirtschaften nicht in einer Währungsunion vereinen darf, aber z.Z. Staaten mit einem BSP-Spektrum von 60000 \$/Ew. a (Monaco) bis herunter zu 2000 \$/Ew. a (Kosovo) im €-Raum vereint sind und laufend zu €-Krisen führen, die bereits in der Null-Zins-Politik unter Entwertung von Altersversorgungs- und Sparmaßnahmen führten - ist dann die Kritik an der Elite populistisch ?

Wenn spätestens seit der Welt-Finanz- und -Wirtschafts-Krise, von welcher sich viele der Volkswirtschaften bis heute noch nicht erholen konnten und welche mit weltfinanzbezogenen BSP-relevanten Bad-Banks noch immer wie ein Damokles-Schwert über den Staaten hängt, von der Elite eine tiefgreifende Reform des Weltfinanzsystems und auch der EU gefordert wird, aber die Spekulation de facto fast ungebremst weitergeht und die "systemrelevante" Deutsche Bank und italienische Banken schon wieder kurz vor einem neuen "Rettungserfordernis" stehen könnten, obwohl der Reformbedarf verbal als anerkannt gilt - ist dann die Kritik an der Elite populistisch ?

Wenn die Standortwahl für das Flughafenprojekt BER seit über 20 Jahren gegenüber den Eliten begründet kritisiert wird und inzwischen diese Kritik nicht nur grundsätzlich-moralisch, sondern durch konstaterbare vielfältige Rechtsverletzungen übergeordneten Rechts (EU, GG) als begründet gilt, aber trotzdem und trotz aller Planungs-, Bau- und Finanz-De-saster am Standort festgehalten wird - ist dann Kritik daran populistisch ?

Wenn selbst bei eventueller BER-Betriebsgenehmigung im gegenwärtigen Projekt-Umfange entgegen geltendem Recht, das eine BER-Südbahn-Dauerbetriebs-Genehmigung wegen Verstoßes gegen das ICAO Doc.9184 ausschließt, aber schon beim Betrieb zweier Start- und Landebahnen in Schönefeld und dazu dem Betrieb von Tegel TXL die Kapazität trotz SXF-Weiterbetrieb nicht ausreicht, der Betrieb von SXF aber wie auch der von TXL nach BER-Inbetriebnahme dem PFB widerspricht, aber die Exekutiven von Berlin und Brandenburg nur die Schließung von Tegel TXL nach BER-Inbetriebnahme fordern - ist die Kritik daran populistisch ?

Wenn die Offenhaltung von Tegel TXL bis zur Errichtung eines neuen BER in Sperenberg oder anderswo unvermeidlich ist, aber dessen Offenhaltung wegen eines Investitionsbedarfes von 1,1 Mrd.€ aufgrund jahrzehntelangen "Fahrens auf Verschleiß" vom Establishment abgelehnt wird, aber trotzdem für Tegel TXL ein Investmentangebot von RYANAIR in Höhe von 1,3 Mrd.€ abschlägig beschieden wurde - ist die Kritik daran dann populistisch ?

Wenn Bürger von Beginn an (2011) wissen, daß sie mit Altanschießerbeiträgen grundgesetzwidrig zur Kasse gebeten werden sollen, und dies auch noch generell mit überhöhten Beiträgen, weil die schon seit 2000 geltende EU-Wasserrahmenrichtlinie 2000/60/EG mißachtet und Industrie, Flughafen und Landwirtschaft entgegen dem Verursacherprinzip von Haushalten subventioniert werden, ihre Zahlungsverpflichtung vom BVerfG als hinfällig erkannt wurde, aber ein Zweckverband (MAW) sogar trotz schon vorheriger Begleichung aller Nachbeitritts-Investition durch ebenfalls überhöhte Gebühren sich weiterhin, und dies auch trotz aktuell sechs Urteilen von Landgerichten (Frankfurt/Oder, Cottbus) pro Bürger zur Rückzahlung selbst ohne vorher erhobenem Widerspruch nach dem Staatshaftungsgesetz,weigert, eine Rückzahlung an alle Altanschießer anzuerkennen, aber diese gesamte Problematik der Elite niemals bekanntgemacht wurde, ohne Wirkung zu erzielen - ist dann die Kritik an der Elite populistisch ?

Wenn die Justizorgane trotz bereits seit langem erkennbarer Überlastung in Brandenburg und trotz Stellenabbaues mit immer mehr Verfahren aufgrund von Fehlhandlungen der Elite belastet werden und die Sachlage sogar als bekannt gilt, ohne daß schnelle Abhilfe in Sicht ist, sondern stattdessen eine weitere Eskalation der Lage, und deren Beschäftigte deshalb sogar erstmals auf die Straße gehen, sowohl wegen gesehener Gefahr für die Rechtsstaatlichkeit als auch für die Demokratie - ist dann Kritik an der Elite populistisch ?

Wenn selbst von der Staatskanzlei gegenüber einem Bürger mit EU-Petition, seinerseits eingereicht gegen eine BER-Beihilfegewährung, erklärt wird, es gäbe gar kein Beihilfeverfahren, obwohl die EU-Kommission die beantragte Petition von 2,6 Mrd.€ auf 2,2 Mrd.€ "deckelte" - ist dann Kritik an der Elite populistisch ?

Ich sehe es eher als populistisch an, wenn wider gegebenen Fakten und besserem Wissen vom Establishment, also Behörden und Presse, die Öffentlichkeit mit "beruhigenden" Informationen bedacht wird, um berechtigte Kritik abzumildern oder abzuwürgen !

Ihre Beitrags-Definition des Populismus gem. MAZ ist also leider völlig unzutreffend:

Populismus ist gem. Duden eine "opportunistische Politik, die Gunst der Massen zu gewinnen", also prinzipienlos und allein zweckmäßigkeit begründet in der Zielrichtung der Massengunstgewinnung !

Die mir bekannten Bürgergruppierungen zu vorgehen. Problemkreisen aber arbeiten sehr wohl nach Prinzipien: pro Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und soziale Marktwirtschaft !

Wer aber nach der MAZ-Definition zum Populisten erklärt wird, z.B. die "Tegel-Fans" trotz nicht möglicher BER-Inbetriebnahme-Genehmigung wegen vielfacher Verletzung übergeordneten Rechts, darf dies aus vorgehen.

Gründen zu Recht als **E h r e** ansehen, auch wenn dies presseseitig mit negativer Wertung verknüpft ist.

Allen Aktiven kann man da nur zurufen:

"Weiter so - aber laßt Euch ein dickeres Fell wachsen !"

Der kritisierte Pressebeitrag der MAZ erfüllt also selbst voll die Kriterien des Populistischen, und er darf in der Vorwahlzeit als "Eliten-Weißwäsche-Aktion" gewertet werden - unter "Verabreichung von Presseschelte" an 63,1% aller Bürger als teils oder völlig populistisch !

Hurra ! Unsere Bürger sind allgemein viel kritischer, als viele Angehörige des Establishments glauben ! Die nächsten Wahlen werden interessant werden!

Denn **w e r** will denn nun die Gunst der Massen gewinnen - die vielen kleinen oder größeren Initiativen, Interessengemeinschaften, Vereine oder Verbände oder die Politiker, die Elite ?

Wegen meiner "Retourkutsche" zur Presseschelte der Mehrheit der Bürger als "populismus-infiziert" wegen ihrer kritischen Haltung zum Establishment glaube ich allerdings nicht daran, daß dieser Beitrag jemals in der leserstärkeren Presse veröffentlicht werden könnte. Und daß die Bürgermehrheit die Politik des Establishments **gemeinsam** als kritisch beurteilt, ist keine "populistische Behauptung", sondern sogar das Ergebnis wissenschaftlicher Arbeit der Bertelsmann-Stiftung !

Können nun kritische Demokraten ruhig schlafen ? Die Demokratie lebt zumindest noch !

Und dann können sich dazu auch noch kritische Bürger auf das **Urteil** anerkannter "politischer Insider" wie Dr.Norbert Blüm und Prof.Dr.Norbert Lammert berufen :

Daß ~~die~~ **B ü r g e r** noch politisch denken, belegt die gen. Bertelsmann-Stiftungs-Studie, während Norbert Blüm schon zufrieden ist, wenn in der **P o l i t i k** überhaupt gedacht wird (Interview in : MAZ vom 27.Juni 2017, Seite 10),

während Prof.Lammert dies noch dadurch verständlich machte, daß sich die Abzahl der Lobbyisten seit dem Umzug des Deutschen Bundestages von Bonn nach Berlin verzehnfacht habe und sie teils in **Kompaniestärke** anrücken, um Gesetzesvorhaben zu beeinflussen (Interview in Publik Forum Nr.11/2017, S.48 bis 51, kommentiert in Publik Forum Nr.13/2017, S.58).

Gibt das nicht Auftrieb für alle von der MAZ als Populisten eingestufte kritische Bürger ?

Aber: Wo bleibt das Hinterfragen, der investigative Journalismus ? Wurde er heimlich verboten ? Ich bitte bei dieser Frage zu bedenken : Es ist keine Behauptung, sondern lediglich Ausdruck meines Unverständnisses über so viel haarsträubende Unlogik !



Dr. G. Briesé,
EICHWALDER BI FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ
UND NACHTFLUGVERBOT